

Actualité nationale - initiative

→ **SonntagsZeitung, 27.04.08, MISSBRAUCH VON LOTTOGELDERN, p. 1**

Missbrauch von Lottogeldern

ZÜRICH Die am Dienstag lancierte Volksinitiative für die Erhaltung des Lotteriemonopols ist staatsrechtlich heikel. Dass sie aus Lotteriegeldern finanziert wird, ist für Reiner Eichenberger, Finanzwissenschaftler an der Universität Freiburg, «noch schlimmer, als wenn der Staat Geld für einen Abstimmungs-kampf aufwirft». Wie Recherchen zeigen, haben Regierungsräte diverser Kantone die Lancierung der Initiative beschlossen. **SEITE 65**

Ordnungspolitischer Sündenfall

JEAN FRANÇOIS TANDA *über die Glücksspiel-Initiative und Lottogelder, die weiter an die Kantone fliessen sollen*

Man stelle sich vor, der Bundesrat beauftrage die Post mit der Lancierung einer Volksinitiative, um das staatliche Briefmonopol in der Verfassung zu verankern. Heftige Proteste wären gewiss.

Genau eine solche Initiative wurde diese Woche vorgestellt: Die staatliche Loterie Romande will mit Unterstützung der staatlichen Sport-Toto-Gesellschaft Unterschriften sammeln mit dem Ziel, dass die Bundesverfassung neue Artikel erhält: Die Kantone – Eigentümer von Swisslos, Sport-Toto und Loterie Romande – sollen Lottobewilligungen nur Anbietern erteilen, die ihren Gewinn «vollumfänglich» dem Gemeinwohl zuschanzen. Eigentliche Urheber der Initiative sind die Regierungsräte. Der Protest gegen die staatsrechtlich bedenkliche Politinszenierung blieb bisher aus.

Die Initiative, die sich gegen Privatanbieter von Wetten und Lotterien richtet, ist ein ordnungspolitischer Sündenfall. Dem Gemein-

wohl wäre auch mit einem System von Lottokonzessionen gedient, wie dies heute bei Spielbanken der Fall ist: Dank Steuern auf Spieleinsätzen flössen weiterhin Lottomillionen in die Kassen der öffentlichen Hand. Der Unterschied zum Status quo: Weil es sich um Steuern handelt, dürfte das Volk mitbestimmen, was mit dem Geld passiert.

Das ist heute nicht der Fall. Das Manna geht in die Lotteriefonds der Kantone, die von Regierungsräten verwaltet werden. Ein ideales Kässeli, um die eigene Klientel – sprich: Stimmbürger – reichlich zu beschenken. Denn im Zusammenhang mit Lottogeldern wird der Begriff des Gemeinwohls arg strapaziert: Umbau einer Schiessanlage, das Zürcher Kantonalschützenfest, die Weihnachtsbeleuchtung von Basel. Dies alles kommt sicherlich vielen zugute. Warum bloss bezahlt man all dies – am Stimmbürger vorbei – aus der Lottokasse und nicht mit Steuergeldern?

Hinter der Lotto-Initiative stehen die Kantone aus Angst vor Konkurrenz

VON JEAN FRANÇOIS TANDA
UND ARMIN MÜLLER

ZÜRICH Der Freiburger Finanzwissenschaftler Reiner Eichenberger ist empört: «Das ist noch schlimmer, als wenn der Staat Gelder für einen Abstimmungskampf aufwirft.» Es geht um die Volksinitiative der Loterie Romande (LoRo) «für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls», die letzten Dienstag lanciert wurde. Staatsrechtler Thomas Fleiner spricht von einem «Grenzfall», weil die Initiative von der staatlichen Sport-Toto-Gesellschaft (STG) mit drei Millionen Franken unterstützt wird.

Formell verlangt sie, dass Gewinne aus Geldspielen wie Lotto oder Sportwetten vollumfänglich dem «Gemeinwohl» zugute kommen. Faktisch aber geht es darum, das bestehende Staatsmonopol im Glücksspielmarkt zu zementieren und in der Verfassung zu verankern.

Auf besondere Kritik stösst bei Franz Jaeger, emeritierter Professor für Wirtschaftspolitik, dass hinter der Initiative die Kantone stehen: «Das ist die Höhe. Der Staat selber fördert Monopole.» Dass die LoRo nur vorgeschobene Organisation für die Initiative ist, bestätigt Jean-François Roth, Präsident der von den Kantonen eingesetzten Lotterie- und Wettkommission. «Es gibt einen Entscheid der Kantone, diese Initiative zu lancieren», sagt er. Die LoRo könne keine Entscheide dieser Tragweite fällen ohne ent-

sprechenden Entscheid der Kantone. Im Vereinsvorstand der LoRo sitzen aktuelle und ehemalige Regierungsräte Westschweizer Kantone. Der Walliser Finanzminister Jean-René Fournier sagt: «Wir unterstützen diese Initiative. Alle Regierungsräte der Kantone sind gleicher Meinung.»

Das von den Kantonen verteilte Geld macht viele glücklich

Auch in der Deutschschweiz. Der St. Galler Finanzdirektor Peter Schönenberger ist gleichzeitig Präsident der STG. Er sagt: «Die STG hat sich bereit erklärt, an das Budget dieses Trägervereins einen massgeblichen Teil beizutragen.»

Das Engagement der Kantone überrascht nicht. In der Schweiz werden jährlich drei Milliarden Franken verzockt – ohne Spielcasinos. Ein immer grösserer Anteil fliesst über das Internet an Privatanbieter im Ausland. Dass diese nicht in die Schweiz kommen dürfen, ist Ziel der Initiative.

Heute fliesst das Geld der Staatslotterien, das nach Abzug der Kosten übrig bleibt, in die Lotteriefonds der Kantone. Und das daraus verteilte Geld macht viele glücklich: das Restaurant Parterre in Basel etwa, den Schweizerischen Ziegenzuchtverband, der FC Dietikon, der ein Clubhaus gesponsert erhielt. Der Millionenregen an die Kantone und ihre Klientel soll weiterfallen, wünschen die Initianten.

Was genau mit den Millionen passiert, lässt sich nicht immer sagen. Die Jahresberichte der Monopolisten sind undurchsichtig. Seit Jahren hält die Revisionsgesellschaft im Revisionsbericht der Swisslos fest, dass die Verwendung des Reingewinns nicht den Statuten entspricht – die Kritik wird ignoriert. Umsätze werden keine genannt. Anhänge, auf die der Geschäftsbericht verweist, werden nicht publiziert – aus «ökologischen Gründen», wie es heisst. Man dürfe sie aber gerne vor Ort einsehen, sagt Swisslos-Direktor Roger Fasnacht.

Deklariert sind die Gewinnausschüttungen: Während konzessionierte Casinos 90 Prozent der Einsätze als Gewinne ausschütten, sind es bei Swisslos nur 52 und bei der LoRo gar nur 48 Prozent. Zum Vergleich: Die Staatslotterie in Österreich zahlt Spielern über 70 Prozent der Einsätze wieder aus; der private Sportwettenanbieter Bwin 91 Prozent. Gleichzeitig betreiben die Schweizer Staatsanbieter einen weit aufwändigeren Verwaltungsapparat als ihre umsatzmässig grösseren Pendanten in Österreich und Deutschland (siehe Grafik).

Finanzwissenschaftler Eichenberger fordert deshalb freien Wettbewerb im Lotteriewesen. «Der Staat kann die Einsätze besteuern und so dem Gemeinwohl zukommen lassen.» Dazu brauche es kein Staatsmonopol, sondern ein Konzessionssystem und eine Spezialsteuer. Es sei skandalös, wie Gelder via Lottotopf an der demokratischen Kontrolle vorbeigeschleust werden. «Das sind schwarze Kassen für Kantonsregierungen; die Entscheidungsgremien sind völlig undurchsichtig.»



Die Gewinne aus Lotterien und Wetten sollen weiterhin dem Sport, der Kultur und den Sozialwerken zugute kommen.

Dieses System will die Volksinitiative «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls» der Loterie romande absichern. Die gestern Dienstag den Medien in Bern vorgestellte Initiative fordert eine zwischen Bund und Kantonen koordinierte Geldspielpolitik. Sie will mehr Solidarität für die AHV/IV erreichen und den Fortbestand der gemeinnützigen Lotterien sichern. Die Sammelfrist läuft bis zum 22. Oktober 2009.

Gegen Gewinnprivatisierung

Ein parteiübergreifendes Komitee aus Kultur, Sport und Sozialwesen unterstützt die Loterie romande im Streit mit dem Bund über die Erträge aus Lotterien. Mit der Volksinitiative soll der Bund gezwungen werden, die Gewinne aus Lotterien und Wetten ausschliesslich gemeinnützigen Zwecken zuzuführen. Überall werde der Druck grösser, den Gewinn aus Geldspielen zu privatisieren, sagte die Freiburger alt Regierungsrätin Ruth Lüthi (SP).

Das massive Auftreten neuer legaler oder illegaler Akteure im Internet und im Geldspielmarkt gefährde das Überleben der Lotterie- und Wettorganisationen. Der Sport, vor allem der Nachwuchs- und Breitensport, lebe von

Lotteriegeldern, sagte Swiss-Olympic-Präsident Jörg Schild, ehemaliger Basler FDP-Regierungsrat. Ohne die jährlich 130 Millionen Franken stünden 82 Verbände vor dem Aus. Dank den Lotteriegeldern gebe es keinen ungewollten Staatssport.

Kulturelle Vielfalt

Rund 400 Millionen würden für Kultur und soziale Belange eingesetzt. Wenn diese Hilfen ausblieben, sei die für die Schweiz enorm wichtige, aber gleichzeitig fragile kulturelle Vielfalt gefährdet, sagte der Filmschaffende Frédéric Gonseth. Tausende von Veranstaltungen, Ausstellungen und Darbietungen gingen verloren. Angeführt wird das Initiativkomitee vom Präsidenten der Loterie romande, Jean-Pierre Beuret.

Dem Komitee gehören vier alt Regierungsräte, aktive und ehemalige Nationalräte aus allen Bundesratsparteien, SVP-Nationalrat und ZCS-Lions-Sportchef Simon Schenk und der ehemalige Langstreckenläufer Markus Ryffel an. Das Komitee verfügt über ein Budget von drei Millionen Franken, das massgeblich von der Sport-Toto-Gesellschaft alimentiert wird, die auch die Koordination in der Deutschschweiz besorgt. Im Mai wird an alle Haushalte ein Unterschriftenbogen verteilt. Zweifel am Zustandekommen der Volksinitiative bestehen nicht.